

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9038/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns antwortet
Kurt Hager: Gemeinsame Si-
cherheit verlangt Friedensfä-
higkeit.

Seite 1

Dr. Wilhelm Nöbel MdB for-
dert nach der Ermordung von
zwei Polizeibeamten zur Be-
sonnenheit auf: Die Vernunft
wahren.

Seite 4

Hans Wiesen MdL kommentiert
die Lage in Schleswig-
Holstein: Die CDU muß zu
demokratischem Verhalten
zurückkehren.

Seite 5

Reinhold Hiller MdB würdigt
die Städtepartnerschaft zwi-
schen Lübeck und Wismar:
Zwei Hafenstädte für Frieden
und Abrüstung.

Seite 6

42. Jahrgang / 210

3. November 1987

Gemeinsame Sicherheit verlangt Friedensfähigkeit

Ist die SED dabei, das gemeinsame Papier von SPD und SED um-
zudeuten?

Von Dr. Wilhelm Bruns

Leiter der Forschungs-Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

1. Das Papier der Grundwertakommission der SPD und der Aka-
demie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED „Der
Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ ist ein
Fortschritt. Doch dieser Fortschritt kann auch zerredet werden,
gerade weil es sich hier um ein sensibles Gebiet handelt.

Die SED muß sich fragen lassen, ob ihr klar ist, daß sie durch nach-
trägliche Umdeutungen zentraler Teile des Papiers diesem an Aus-
sagekraft und Orientierungsgewicht nimmt. Diese Frage stellt sich
durch Interpretationen des Papiers nach dessen Veröffentlichung
und stellt sich insbesondere nach der Rede des für Ideologie zu-
ständigen Politbüro-Mitglieds Kurt Hager (am 28. Oktober 1987,
S. 3f im „Neuen Deutschland“ unter der Überschrift „Friedens-
sicherung und ideologischer Streit“ veröffentlicht).

2. Der Fortschritt des Papiers liegt darin, daß beide Parteien die
von beiden für notwendig erachtete ideologische Auseinander-
setzung von einer gemeinsamen Basis aus führen wollen. Das
heißt: Wir leben in einer präzedenstlosen Zeit: Zum ersten Mal
kann die Menschheit sich selbst auslöschen. Sicherheit kann auf
Dauer nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander
erreicht werden. Das eine System kann also nicht auf Kosten
des anderen Systems Sicherheit errüsten. Sicherheit ist ein
g e m e i n s a m e s Gut geworden. Das neue Herangehen an
die Probleme in der Welt kann nicht (mehr) aus den vermeint-
lichen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes definiert werden,
wie aus der Sicht der DDR bislang geschehen, sondern aus der
„Logik des Atomzeitalters“.

SPD und SED wollen Gemeinsame Sicherheit. Ausdrücklich haben
beide gesagt, daß Gemeinsame Sicherheit nur denkbar ist, wenn
beide sich für friedensfähig halten. Der entscheidende Passus im
Papier hat sogar einen appellativen Akzent: „Beide Systeme müssen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Ökoprofit
als umweltfreundliches
Recycling-Papier



sich gegenseitig für friedensfähig halten." Diesem gemeinsamen Bekenntnis steht nun der Satz von Kurt Hager diametral entgegen (fettgedruckt im „Neuen Deutschland“): „Es handelt sich also darum, daß der Imperialismus friedensfähig gemacht werden muß, nicht, daß er von Natur aus friedfertig ist.“

Im gemeinsamen Papier von SPD und SED heißt es, daß beide Konzepte, das von der DDR vertretene Konzept der „friedlichen Koexistenz“ und das von der SPD vertretene der Gemeinsamen Sicherheit „theoretisch sinnlos und auf die Dauer auch nicht praktikabel“ sei, wenn „sie die Annahme der prinzipiellen Unfriedlichkeit der anderen Seite aufgrund von deren Ideologien oder Interessenstrukturen einschließen“. Genau dies versucht das SED-Politbüro-Mitglied, nämlich den Nachweis zu führen, daß die „aggressiven Kräfte“ (umschrieben als „die zahlenmäßig kleine, aber mächtige aggressive Gruppierung innerhalb des USA-Imperialismus und der NATO in Gestalt des Militär-Industrie-Komplexes“) eine Politik verfolgen, die „auf Hochrüstung und Stärke, auf Feindschaft gegen den Sozialismus und jeglichen gesellschaftlichen Fortschritt gerichtet ist“.

Wenn der Imperialismus seinem Wesen nach aggressiv ist und er, wie nun wieder behauptet wird, sein Wesen nicht verändert habe, kann er „aus sich heraus“ nicht friedensfähig sein - so die Logik von Kurt Hager.

Allenfalls als Ergebnis eines externen Anpassungsprozesses wird ihm Friedensfähigkeit zugebilligt - Anpassung also an die gewachsene Stärke des „real existierenden Sozialismus“, der per definitionem friedlich ist. Eine Konstruktion, die empirisch fragwürdig ist, aber auf jeden Fall gegen Geist und Wortlaut des Papiers von SPD und SED verstößt.

3. Hagers Interpretationen der Reform(un)fähigkeit des Kapitalismus scheint auch in einem weiteren Punkt auf eine nachträgliche Umdeutung des Papiers hinauszulaufen.

„Beide Gesellschaftssysteme müssen einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen“, heißt es im Papier. Bei Hager erscheint die „Reform“ des Kapitalismus in distanzierteren Anführungszeichen. In früheren Interpretationen des Papiers würde von SED-Seite feinsinnig differenziert zwischen der bejahten Reformwürdigkeit des „real existierenden Sozialismus“ und verdeckten Zweifeln an der im Papier zugegebenen Reformfähigkeit und damit auch Reformwürdigkeit des Kapitalismus. Man stelle sich vor, daß von unserer Seite die Friedens- und Reformfähigkeit des sogenannten real existierenden Sozialismus in Zweifel gezogen wird!

Es ist ein Fortschritt, daß beide Parteien sich darauf verständigt haben, „keine Feindbilder auf(zu)-bauen, die Motive der anderen Seite nicht (zu) verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich (zu) verzerren und ihre Repräsentanten nicht (zu) diffamieren“. Diesen Fortschritt hat Hager nun in Frage gestellt durch seine apodiktische Behauptung: „Unser Feindbild ist klar: Wir hören nicht auf, die aggressiven Kräfte des Imperialismus als Feind, als Gegner des friedlichen Lebens der Menschheit zu bekämpfen.“ In einem anderen Teil verwahrt sich Kurt Hager gegen Einmischungsversuche, die er insgesamt für „Unverfrorenheit“ hält (gemeint sind hier „CDU-Politiker und BRD-Medien“).

Er kritisiert, daß die Einmischungen in DDR-Angelegenheiten dazu dienen, „DDR-Bürger zu verunsichern und ihrem Staat zu entfremden“. Ist das so einfach? Auch hier ist das gemeinsame Papier heranzuziehen: „Die ideologische Auseinandersetzung ist so zu führen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt. Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite zurückgewiesen werden“. Daraus folgt: Kritik und Einwirkung sind zulässig, massive Einmischung ist dagegen unzulässig, wo-



bei hinzuzufügen ist, daß zwischen zulässiger Einwirkung und unzulässiger Einmischung in der Praxis schwer zu unterscheiden ist.

4. Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West geht ebenso weiter wie die zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Das gemeinsame Papier von SPD und SED soll dazu dienen, daß diese unvermeidliche Auseinandersetzung in friedlichen Formen abläuft (dazu dienen die „Grundregeln einer Kultur des politischen Streits“ im Kapitel V.). Hagers Rede kontrastiert die gemeinsame Aussage: „Ausschlaggebend für eine neue Kultur des politischen Streits ist also eine realistische und differenzierte Analyse und Darstellung der anderen Seite statt Propagierung pauschaler Feindbilder und der Weckung von Bedrohungsängsten“. Hagers Rede ist ein schlechtes Beispiel für die Interpretation des Papiers wie zur Entwicklung der politischen Kultur auf der Basis des Papiers. Hier muß von seiten der SED-Führung eine Klarstellung erfolgen! Gilt die Reform- und Friedensfähigkeit für beide Systeme oder lediglich für den „real existierenden Sozialismus“? Ist die Kritik von seiten der DDR eine erlaubte Manifestation im politischen Streit, die von seiten anderer eine unerlaubte Einmischung, ja „Unverfrorenheit“?
5. Das Dokument von SPD und SED ist Ausdruck des „neuen Denkens“, über dessen Notwendigkeit sich insbesondere die Vertreter von SPD und SED einig sind (aber nicht nur die!). Wer die andere Seite „als prinzipiell unfriedlich oder zum Frieden unfähig erscheinen läßt“, ist zur Gemeinsamen Sicherheit unfähig und erweist sich damit als Vertreter des alten Denkens! Cui bono?

(-/3.11.1987/vo-he/rs)

* * *



Vernunft und Besonnenheit wahren

**Zu den gewalttätigen Ausschreitungen an der Frankfurter Stadtbahn-West und der Ermordung
von zwei Polizeibeamten**

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Ermordung von zwei Polizeibeamten und die zum Teil schwere Verletzung weiterer zehn Kollegen erfüllt die SPD-Bundestagsfraktion mit Entsetzen und tiefer Trauer. Unser Mitgefühl gilt in erster Linie den vielen Hinterbliebenen der beiden getöteten Kollegen. Den zehn verletzten Polizeibeamten wünschen wir eine möglichst baldige und umfassende Genesung.

Ohne den Ermittlungen des Generalbundesanwaltes vorgreifen zu wollen, darf man bereits jetzt feststellen, daß die Gewaltexzesse in Frankfurt einen einmaligen und traurigen Höhepunkt erreicht haben. Hier sind keine Demonstranten mehr am Werk, die für eine „gute Sache“ eintreten, hier sind gewalttätige Chaoten tätig, die den Bürgerprotest dazu benutzen, ihren blanken Haß gegenüber dem Staat in Mord und Totschlag einmünden zu lassen. Polizei und Generalbundesanwalt werden die Täter ermitteln und sie der ordentlichen Gerichtsbarkeit zuführen.

Die gewalttätigen Exzesse von gestern abend sollten für uns alle Anlaß sein, darüber nachzudenken, wie die Wiederholung solcher Taten künftig verhindert werden kann. Es ist leider zu befürchten, daß jetzt erneut eine Diskussion angefacht wird, bei der der Eindruck erweckt wird, als ob durch ein strafbewehrtes Verbot der Vermummung solche kriminellen Handlungen verhindert werden könnten.

Die SPD-Fraktion fordert alle politisch Verantwortlichen auf, auch in einer Zeit tiefer Betroffenheit Vernunft und Besonnenheit zu wahren. Diejenigen, die in der Frage der Anwendung von Gewalt in der Politik immer noch schwankend sind, sollten jetzt genauso zur Besinnung kommen, wie diejenigen, die glauben, daß man Gewalt nur mit Gewalt beantworten könne.

(-/3.11.1987/vo-he/rs)

* * *



Die CDU muß zu demokratischem Verhalten zurückkehren

Zur Lage in Schleswig-Holstein

Von Hans Wiesen

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein

Bisher ist nicht erkennbar, daß die CDU-Führungen in Schleswig-Holstein und in Bonn wirklich ihren grundlegenden Fehler begriffen haben. Der Versuch, das Problem der CDU in Schleswig-Holstein auf Pfeiffer/Barschel zu reduzieren, wird auf Dauer weder der CDU noch der politischen Kultur insgesamt nützen. Das gilt auch für den Versuch, die Opfer illegler Machenschaften - Björn Engholm und die SPD - zu Mitverantwortlichen umzustilisieren.

Wer noch einmal die letzten zwölf Monate in Schleswig-Holstein analysiert, der kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Die CSU ist nie in den politischen Wettstreit um bessere Politik für Schleswig-Holstein eingetreten. Sie hat von Anfang an nur einen Kampf um die Macht geführt - sie hat dabei nicht einmal die Mindestregeln politischen Anstandes beachtet. CDU-Wahlkampf in Schleswig-Holstein; das waren drei eng miteinander verbundene Handlungslinien:

- Die Untergrundlinie

Dafür stehen Bespitzelung, Denunziation und Fälschung. Die Staatskanzlei in Kiel und damit die Spitze der Landesregierung war dafür die operative Zentrale. Offenbar hat es dabei personelle und finanzielle Unterstützung des Springer-Konzerns und wohl auch anderer Unternehmenskreise gegeben.

- Die Schmutzlinie

Broschüren und CDU-Wahlkampfzeitungen zielten fast ausschließlich auf die Denunzierung von als „feindlich“ empfundenen konkurrierenden Parteien und Politikern. Staatskanzlei und CDU-Landesvorstand sind dafür verantwortlich.

- Die Paniklinie

Die Beschwörung des „rot-grünen Chaos“ war nie eine politische Auseinandersetzung - sie zielte allein darauf, Angst zum Motor der politischen Entscheidungen zu machen. Verantwortlich dafür ist der CDU-Landesvorstand.

Sowas hat es über Schleswig-Holstein hinaus schon häufig in CDU-Wahlkämpfen gegeben. Wenn auch die „Untergrundlinie“ hoffentlich eine neue Dimension ist. Die Vorgänge in Schleswig-Holstein eröffnen somit einen zugesplizten Einblick in Parteistrategien, die allein Machtkampf und überhaupt nicht mehr politischer Wettstreit sind.

Die sich immer deutlicher abzeichnende Politik - und Wahlverdrossenheit ist eine Folge solcher Wahlkampfstrategien. Die Wählerinnen und Wähler spüren, daß gar nicht um politische Einsichten und um ihre politische Zustimmung gerungen wird. Sie sollen letztlich mit ihrer Stimme allein Freibriefe zur Machtausübung ausstellen. Für eine lebendige, auf Dauer tragfähige demokratische Kultur ist das zu wenig.

Wir hoffen immer dringlicher, daß aus den Reihen der vielen aufrichtigen Christdemokraten der Impuls zur inhaltlichen und personellen Erneuerung der CDU in Schleswig-Holstein kommt. Eine große und für unser Land bedeutende Partei muß zu normalem demokratischem Verhalten zurückfinden - je schneller umso besser.

(-/3.11.1987/va-ha/rs)



Zwei Hafenstädte für Frieden und Abrüstung

Zur Städtepartnerschaft zwischen den Hansestädten Lübeck und Wismar

Von Reinhold Hiller MdB (Lübeck)

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Heute beginnt sich auszuzahlen, was die damalige sozialliberale Koalition in den siebziger Jahren - oft gegen erbitterten Widerstand - als Fundament gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in die Wege geleitet hat. Dank der Anstrengungen von Lübecks Ehrenbürger, Willy Brandt, und von Oppositionsführer Björn Engholm konnten die zahlreichen Bemühungen zu einem erfolgreichen Ergebnis vorangetrieben werden.

Die Partnerschaft zwischen Lübeck und Wismar hat die große Chance, einen einmaligen Charakter zu entwickeln. Sie kann die geschichtlich enge Verbindung zwischen zwei traditionell durch eine gemeinsame Geschichte und zahlreiche menschliche, wirtschaftliche und handelsliche Kontakte verbundenen Städten wieder aufleben lassen. Sie kann deshalb über das Gewöhnliche in Städtepartnerschaften hinausgehen, weil durch viele bereits bestehende private Beziehungen die Verbindung zwischen Lübeck und Wismar ein solides Fundament besitzt, die durch die Einbeziehung von Wismar in den „kleinen Grenzverkehr“ erleichtert werden. Die enge Verbindung zwischen beiden Hafenstädten hat auch mit einer ähnlichen Mentalität aufgrund vergleichbarer geschichtlicher und kultureller Erfahrungen der Menschen beider Hansestädte zu tun.

Den Kommunalpolitikern aller Parteien ist zu wünschen, daß sie alle Möglichkeiten ausloten werden - einen kulturellen Austausch ebenso wie intensivere Kontakte auf Vereinsebene und eine intensive Pflege der niederdeutschen Sprache. Es wäre für die Deutschlandpolitik nicht ohne Bedeutung, wenn zwei alte Hansestädte gerade bei den Beziehungen auf der Ebene von Vereinen gleich welcher Art einen Durchbruch erzielen können. Dies könnte Signalcharakter für andere Städtepartnerschaften zwischen den beiden deutschen Staaten haben.

Die Möglichkeiten einer Städtepartnerschaft sind vielfältig. Es wird nicht zuletzt an den Lübecker und Wismarer Bürgern liegen, was sie inhaltlich aus der von ihnen geschlossenen Partnerschaft machen. Die Sozialdemokraten werden sich auf allen Ebenen mit ihren durch lange Jahre und in zahlreichen Gesprächen gewachsenen besonderen Beziehungen zur DDR zur Verfügung stellen, wenn es in den nächsten Monaten darum geht, die Städtepartnerschaft zwischen Lübeck und Wismar mit Leben auszufüllen.

Die Sozialdemokraten gehen davon aus, daß bei der Ausgestaltung einer Städtepartnerschaft im Geiste guter Nachbarschaft besonderer Wert auf ein gemeinsames Engagement zum Frieden und zur Abrüstung gelegt wird. Beide Hafenstädte liegen in dem von SED und SPD vorgeschlagenen atomwaffenfreien Korridor. Die begonnene Partnerschaft bietet gute Gelegenheit, den zwischen SPD und SED begonnenen Dialog fortzusetzen.

(-/3.11.1987/vo-he/rs)

* * *

